



Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-  
und Umweltschutzverbände  
in Baden-Württemberg  
(§ 51 Naturschutzgesetz)

Anerkannte Natur- und  
Umweltschutzvereinigung  
(§ 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz)

**Arbeitskreis  
Freiburg – Kaiserstuhl**

c/o Dr. Ekkehard Köllner  
Eggstr. 20  
79111 Freiburg

Tel.: 0761 / 707 1957  
Bearbeiter: Dr. A. Reif

Landesnaturschutzverband BW · Olgastraße 19 · 70182 Stuttgart

An die  
Stadt Freiburg  
Stadtplanungsamt  
Projektgruppe Dietenbach  
**79084 Freiburg**

15. Februar 2019

## **LNV Arbeitskreis Freiburg - Kaiserstuhl: Keine Verbauung von „Dietenbach“!**

Der Landesnaturschutzverband Arbeitskreis Freiburg - Kaiserstuhl wendet sich gegen eine Verbauung des Dietenbach-Geländes! Wir wollen, dass die Lebensräume, also die Äcker, Wiesen und die Dietenbach-Niederung als wertvolles Offenland erhalten werden, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit endlich ernst genommen werden.

Unsere Begründung für unsere Ablehnung reicht über die lokale und regionale Diskussion hinaus: Wir wollen die Rechte aller Menschen schützen. In § 1 der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen heißt es, dass jeder Mensch dieser Erde die gleichen Rechte auf Freiheit und Würde hat. Die Menschenrechtscharta ist internationales Recht und sie schließt auch unsere Kinder ein, die sich nicht gegen die Entscheidungen unserer Politik wehren können. Mit dem Recht auf Freiheit ist dabei nicht die Konsum- oder Reisefreiheit gemeint. Vielmehr geht es um die Voraussetzungen von Freiheit, nämlich Leben, Existenzminimum und Gesundheit. Diese Grundrechte nimmt unsere heutige Gesellschaft unseren Kindern und allen nachfolgenden Generationen. Sie raubt sie auch allen Erdenbewohnern, die nicht das Glück hatten in einem so reichen Land wie Deutschland geboren zu werden. Unser nicht-nachhaltiges Verhalten gefährdet Frieden und Freiheit.

Deutschland lebt heute auf Kosten anderer einschließlich zukünftiger Generationen: Jeden Tag (!) werden bundesweit Flächen in einer Größenordnung von ca. 100 Fußballfeldern in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Das ist zu einem relativ kleinen Teil auf ein nationales Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Ursächlicher ist der immer stärkere Konsum von Fläche durch den Einzel-

nen, durch Gewerbe und Industrie: Betrug die Wohnfläche Anfang der 1960er keine 20 Quadratmeter, lag sie im bundesweiten Schnitt 2017 bei über 46! Ebenso haben Wohnbedarf von Zuzüglern, Industrieausweitungen und die stetig wachsende Verkehrsinfrastruktur kräftig Fläche verschlungen.

In aller Regel gehen mit der Verbauung landwirtschaftliche Flächen dauerhaft verloren. Unsere Ackerfläche ist nicht vermehrbar und 60 Jahre Ernährungssicherheit dürfen uns nicht täuschen: Unbebauter Boden ist die Grundlage jedweder künftigen Freiheit, weil nur hier Lebensmittel angebaut werden können. Fruchtbarer Boden ist nun akut gefährdet und muss unbedingt erhalten werden. Aber auch um die Klimaschutzziele der EU zu erreichen, müssen die Deutschen ihren Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß von jährlich fast 10 Tonnen auf 1 Tonne senken.

Die Liste der Fakten, die belegen, dass wir massiv über unseren Verhältnissen leben und dass dies ein friedliches, sicheres Zusammenleben unserer und vor allem zukünftiger Generationen gefährdet, ist lang und sie ist schwer verdaulich. Nicht nur die Naturschutzverbände, auch der Sachverständigen Rat für Umweltfragen (die „Umweltweisen“), so wie die vielen Umweltämter auf Bundes- und Landesebene warnen seit Jahren, dass wir unsere Zukunft, Freiheit und Frieden gefährden, weil wir Freiheit als Konsum- und Reisefreiheit missinterpretierten.

Ein kardinaler Faktor in der Gefährdung unserer Lebensgrundlage ist die ungebändigte Flächenversiegelung. Sie vernichtet beispielsweise die Kohlenstoffvorräte des Bodens. Auch die Bautätigkeit sowie die Herstellung bzw. Beschaffung der dafür benötigten Materialien sind in der Regel sehr energieaufwendig. All das beeinflusst den Klimawandel stark negativ. Mit der Versiegelung schwinden Kapazitäten für die Nahrungsmittelproduktion, für die Grundwasserneubildung, für viele Lebewesen, die auch ein Recht haben, auf diesem Planeten zu sein – und mit ihr schwinden die Möglichkeiten zukünftiger Generationen.

Obwohl wir in einer reichen Gesellschaft leben, in der ein Wohnungsmangel zwar regional, aber mitnichten bundesweit vorliegt, predigt das Gros der Stadtpolitiker und die Bauwirtschaft, dass wir nun in Dietenbach abermals 108 ha Boden versiegeln sollen. Dies widerspricht jeder logischen Schlussfolgerung, die wir aus den zitierten Nachhaltigkeitsindikatoren ziehen können. Unser Wachstum braucht Grenzen, sonst rauben wir uns und Zukünftigen die Voraussetzungen von Freiheit. Das Dietenbach-Gelände zu bebauen ist aus diesem Blickwinkel weder sozial noch generationengerecht.

Wir kommen nicht darum herum: Unser Umgang mit unseren Lebensgrundlagen muss sich umgehend massiv ändern. Eine Dietenbach-Bebauung ist genau das Gegenteil einer logisch-kausalen Ursachenanalyse. Sie propagiert ein „Immer-Weiter-So“, was die katastrophale Entwicklung aller Nachhaltigkeitsindikatoren einfach negiert. Wer glaubt, ein Dietenbach-Stadtteil könnte „ökologisch“ und „klimaneutral“ gebaut werden, der hat die Grundlagen basaler Naturgesetze nicht verstanden oder schummelt bei der Berechnung der Wirkung auf unsere Lebensgrundlage. Wer sagt, dass ohne Dietenbach eben die Umlandgemeinden wachsen, vergisst, dass auch Nicht-FreibergerInnen über kurz oder lang zu der Einsicht gelangen können und müssen, dass die Lebensgrundlagen begrenzt sind.

Auch wir fordern, dass wohnungsbedürftigen FreiburgerInnen mit niedrigem Einkommen sofort geholfen wird. Niemand kann leugnen, dass in Freiburg in den vergangenen Jahren viel Wohnraum entstanden ist. Nur wurde eben zu einem großen Anteil im Luxussegment gebaut. Wir sollten gewarnt sein: Die problematische Finanzierung für einen Anteil von 50% an Sozialwohnungen im geplanten

Stadtteil Dietenbach wird bereits jetzt offen angesprochen. Wie wenig nachhaltig in unserer geliebten Stadt mit der knappen Ressource Fläche für sozialen Wohnungsbau und grüne Infrastruktur umgegangen wird, lässt sich gut bei einem Besuch im „zubetonierten“ ehemaligen Güterbahnhofareal erfahren. Probleme wurden hier nicht gelöst, sie wurden verschärft.

Nicht für alle Lösungswege hat die Stadtpolitik ausreichend ordnungspolitische Kompetenzen. Absolut unumgänglich zur Auflösung des regionalen Wohnungsmangels ist ein Ausgleich zwischen den Regionen, also die Schaffung politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass die Menschen aus heute strukturschwachen Regionen in ihrer Heimat bleiben und Arbeit finden können – dort gibt es viel leerstehenden Wohnraum. Doch dies muss letztlich auf höher politischer Eben gelöst werden. Die Freiburger Stadtpolitiker sollten sich daher überregional dafür starkmachen, dass genau das geschieht, dass ein ökonomischer und sozialer Ausgleich durch eine strukturpolitische Stärkung der Abwanderungsgebiete in die Wege geleitet wird – in Deutschland, in Europa, ja weltweit.

Fazit: In den vergangenen Jahren hat die Stadtpolitik (wie auch die ganze Region) die Weichen nicht auf Nachhaltigkeit, sondern auf Wachstum gestellt. Die Mehrheit des Gemeinderates will den Pfad der Naturvernichtung mit der Bebauung des Dietenbachs weitergehen. Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger: Bitte helfen Sie uns! Lassen Sie uns gemeinsam ein Signal in die Region und die Bundesrepublik senden. Ein Signal, dass wir jetzt endlich eine starke Nachhaltigkeit und einen Stopp der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen einfordern! Wir wollen dies, damit wir und Zukünftige auch noch in Sicherheit, Frieden und in Freiheit zusammenleben können. Ihr „Ja“ für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Flächen des Dietenbach beim Bürgerentscheid am 24.02. würde ein solches Signal sein.

Dr. Ekkehard Köllner, Sprecher des LNV-Arbeitskreises Freiburg-Kaiserstuhl  
Eggstr. 20  
D-79117 Freiburg